

Antrag Nr. 13-F-03-0121

Grüne

Betreff:

Energieeinsparung in städtischen Liegenschaften
Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 29.10.2013

Antragstext:

Mit Beschluss Nr. 0042 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 6. März 2012 wurde der Magistrat gebeten zu prüfen, welche geplanten/angelaufenen Projekte zur Nutzung erneuerbarer Energien und/oder innovativer Energieeffizienztechnologien förderungsfähig sind. Bei positivem Ergebnis sollte für das jeweilige Projekt/Vorhaben ein Förderantrag gestellt werden. In dem Antrag wurde explizit auf die vom Land Hessen im Jahr 2012 bereitgestellten Mittel verwiesen.

Am 26. August 2013 wurde von Bürgermeister Arno Goßmann ein Bericht zu diesem Antrag vorgelegt. Laut diesem wurden die zuständigen Dezernate erst am 5. Juli 2013 vom Umweltamt angeschrieben und um Prüfung gebeten, ob ihre angelaufenen bzw. geplanten Projekte nach den oben genannten Richtlinien förderungsfähig seien. Als einziges Ergebnis dieser Prüfungen in Bezug auf das Thema Energieeffizienz wird in dem Bericht mitgeteilt, dass die Erneuerung der Dacheindeckung der Feuerwache 1 möglicherweise förderfähig sei.

In einem Zeitraum von immerhin mehr als 17 Monaten zwischen Beschluss und Bericht ist kaum etwas geschehen. Stattdessen wurde ein Bericht vorgelegt, der vermuten lässt, dass es innerhalb der Stadtverwaltung keine systematische und koordinierte Erfassung und Bearbeitung von energierelevanten Fragestellungen gibt. Aus diesem Grund wird angeregt, innerhalb der Verwaltung eine zentrale Stelle für die Koordination und Bearbeitung aller energie- und klimarelevanten Maßnahmen zu schaffen. Sofern diese umfangreiche Aufgabe nicht in einem Schritt durchgeführt werden kann, wird zunächst die Einrichtung einer Fachgruppe (Task Force) zur Vorbereitung der dafür notwendigen Entscheidungen beantragt.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1.) für alle Liegenschaften der Stadt Wiesbaden, für die eine Sanierung geplant oder in absehbarer Zeit vorgesehen ist, grundsätzlich auch die möglichen Maßnahmen zur Energieeinsparung zu prüfen und diese Maßnahmen in einer zentralen Datei zu erfassen.

2.) zur Stärkung der administrativen Kapazitäten beim Energie- und Klimaschutz zu prüfen, welche Möglichkeiten bestehen, um eine Fachgruppe (Task Force) einzurichten mit der speziellen Aufgabe, Vorschläge für eine Änderung der Verwaltungsorganisation vorzulegen, in der alle Fragen des Energie- und Klimaschutzes in einer zentralen Verwaltungseinheit konzentriert werden können. Diese Task Force soll überdies Vorschläge machen, wie eine solche zentrale Stelle organisiert und finanziert werden kann.

Wiesbaden, 29.10.2013

Barbara Düe
Umweltpolitische Sprecherin

Frank Schuster
Fraktionsreferent